

Gorleben brennt... uns unter den Nägeln

Bundesweite Endlagerdemo am 1. September

Unser bunter Widerstand gegen Castortransporte richtete sich in der Konsequenz immer gegen Gorleben als Endlagerstandort. Dieses Jahr wird kein Transport rollen. Wir lehnen uns aber deshalb nicht zurück, sondern nutzen die „Castorfreie Zeit“, um unsere Kraft und Fantasie in einer Endlagerkampagne zu bündeln. Bis zur bundesweiten Demo am 1. September wollen wir soviel Druck aufbauen, das unser Anliegen unüberhörbar wird.

Bundesumweltminister Gabriel hat dem Koalitionspartner angeboten, im Tausch gegen eine alternative Endlagersuche den Baustopp (Mora-



torium) am Endlagererkundungsbergwerk aufzuheben. Wir fanden schon dieses Moratorium viel zu wenig und fordern die seit Jahrzehnten wissenschaftlich vielfältig untermauerbare Aufgabe des Atomprojekts. Wenn das Moratorium aufgehoben wird, droht als nächster Schritt ein „Versuchs-



labor“ unter Tage. Damit würden weiterhin alle Argumente gegen eine Tauglichkeit Gorlebens ignoriert. Auf sechs Quadratkilometern ist das als Sicherheitsbarriere dringend notwendige Deckgebirge über dem Salzstock löchrig und teilweise gar nicht vorhanden, sodass über Wasserwege radioaktive Stoffe in die Umwelt gelangen werden. Darum ist es absurd unter Tage noch etwas erforschen zu wollen, wenn hinlänglich bekannt ist, dass bereits der Bereich über dem Salzstock katastrophal ist. Ebenso gut könnte bei einem Auto ohne Motor erforscht werden, ob es eventuell Räder haben könnte.

Endlagerung – Sicher ist nur das Risiko

Wegen der lange bekannten und unveränderbaren geologischen Tatsachen braucht es keinerlei weiteren Untersuchungen in Gorleben mehr, der Standort gehört aus wissenschaftlicher Sicht stillgelegt. Mit einem untertägigen „Versuchslabor“ droht aber nicht nur die Gefahr, dass Gorleben schön geredet wird. Konkrete Folge könnte sein, dass Gorlebens allgemein unbekannteste Atomanlage, die Pilotkonditionierungsanlage, in diesem Zusammenhang ihren umweltverseuchenden Betrieb aufnimmt. Über Abluftkamine würden radioaktive Partikel in der Hauptwindrichtung Elbe bis nach Mecklenburg Vorpommern geblasen. Gorleben spielt als „Entsorgungsnachweis“ der Atommeiler rechtlich eine bedeutende Rolle für den Betrieb der Atomkraftwerke. Darum verstärken die Atomkonzerne ihren Druck auf die Politik, die Illusion eines sicheren Atom Müllgrabes weiter aufrecht zu erhalten.

Katastrophale Endlager – doch Atom Müll wir weiter produziert

Wie katastrophal die Lage um die sogenannte Entsorgung ist, zeigt sich bei einem Blick auf bereits bestehende „Endlager“. Die Betreiber des mit 126.000 strahlenden Fässern gefüllten Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel gestehen öffentlich die Gefahr des Absaufens und damit die mögliche Verseuchung des Trinkwassers einer Großregion ein. Rund 12 Kubikmeter Salzbrühe werden pro Tag an die Oberfläche gepumpt. „Bislang haben wir

die Situation noch im Griff. Aber wir müssen täglich damit rechnen, dass noch mehr Flüssigkeit eindringt“, sagt der Leiter der Asse, Günter Kappel. „Dann wird das Bergwerk absaufen. Und uns bleibt nur die Flucht“ (Spiegel 17/2007, S.48). Die ansässige Tischlermeisterin Irmela Wrede will die niedersächsische Landesregierung nun mit einer Klage zwingen, die geplante Schließung der Asse nicht nach Bergrecht, sondern beklagbarem Atomrecht durchzuführen (siehe Anzeige). Genauso wie in Gorleben, das auch nur unter Bergrecht steht, gab es somit von Anfang an nicht die Möglichkeit, gegen die Errichtung des Endlagers vor Gericht zu ziehen.

Bis zum 18. Mai ist die großformatige Ausstellung Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts im „Gasthaus Wiese“ in Gedelitz zu besichtigen. Das Endlager im Salzstock bei Helmsstedt droht weiter einzustürzen und wird zur Zeit verfüllt. Im April hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig abgelehnt, ein Revisionsverfahren gegen das Urteil des Lüneburger Oberverwaltungsge-



richt zum Schacht Konrad bei Salzgitter aufzunehmen. Damit ist rechtlich weitgehend die Inbetriebnahme der ehemaligen Eisenerzgrube als Endlager für schwach- und mittelaktiven Müll abgesegnet. Mehrere Kommunen und Landwirte hatten sich mit Klagen gegen das Endlager gewehrt. Die Kläger hatten unter anderem kritisiert, die Langzeitsicherheit des Lagers und die Auswirkungen eines möglichen Terroranschlags seien nicht ausreichend untersucht worden.

Wenn wir die Politik nicht zum Handeln zwingen, sind die nächsten Katastrophen vorprogrammiert. Deshalb rufen wir zur bundesweiten Demonstration auf: Gorleben und Schacht Konrad – So sicher wie die absaufenden und einstürzenden Endlager Asse und Morsleben

Bundesweite Endlager - Demo am 1. September in Gorleben.

Für den sofortigen Atomausstieg und die Energiewende.

Francis Althoff

Inhalt

- S. 1 Gorleben brennt... uns unter den Nägeln
- S. 2 Ein handfester Skandal
- S. 3 EURATOM-Vertrag
- S. 4 Internationaler Protest gegen EON's Atompolitik
Her mit dem schönen Leben- Für ein Strahlendes Europa!
- S. 5 Gorleben brennt...
...uns unter den Nägeln!
- S. 7 Der Vattenfall-Fall
Den Staffelstab weitergeben
- S. 8 Probe-Castor-Transport-Blockade
Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“).

1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfenhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

Ein handfester Skandal

Russische Mitarbeiter von Ecodefense berichteten über deutsche Atommüll-Verschiebung

Platenlaase (bvo). Es ist ein handfester Skandal, aber die deutsche Staatsanwaltschaft zeigt sich wenig interessiert: Seit 1996, so berichteten die russischen Umweltaktivisten, der Nuklearphysiker Andrey Ozharovsky und Vladimir Sliviyak, auf Einladung der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) im Kulturverein Platenlaase, exportiert Deutschland tonnenweise gefährlichen Atommüll „abgereichertes Hexafluorid UF6“ nach Russland - angeblich zur Urananreicherung, faktisch aber zur Entsorgung.

Über 20.000 Tonnen sind auf diesem Wege aus Deutschland „verschwunden“ und lagern seitdem in korrodierten Stahlgebinden unter freiem Himmel in Russland. Der deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau, der Firma Urenco (siehe auch Beitrag unten auf dieser Seite), kommt dabei ein russisches Gesetz zugute: Sobald Atommüll die russische Landesgrenze passiert, so berichteten die Aktivisten, geht der Atommüll in russischen Besitz über.

Dabei ist Hexafluorid gleich mehrfach gefährlich, berichteten Andrey Ozharovsky und sein Kollege Vladimir Sliviyak von Ecodefense.

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) Ecodefense arbeitet seit zehn Jahren in Russland zu Energie- und Atomthemen. Zur Zeit konzentriert sich Ecodefense auf die illegalen Importen von radioaktivem Abfall aus der Urananreicherungsanlage in Gronau. Ecodefense baut in den betroffenen russischen Orten, in die der deutsche Uranmüll gebracht wird, lokale Bürgerinitiativen auf. Gemeinsam mit AtomkraftgegnerInnen in ganz Europa organisiert Ecodefense den Widerstand gegen die Urananreicherung.

Seit mehreren Jahren beobachten und blockieren deutsche und niederländische AtomkraftgegnerInnen die Urantransporte aus den Urananreicherungsanlagen (UAA) in Gronau/Westfalen und Almelo/Niederlande.

Verdacht auf illegalen Atommüllexport ...

Ecodefense erstattete im November 2006 bei der Staatsanwaltschaft Münster Strafanzeige gegen die Urenco Deutschland GmbH (Betreiberin der UAA Gronau) wegen des Verdachts auf illegalen Atommüllexport von Gronau nach Russland.

In den vergangenen zehn Jahren exportierte die Urenco rund 20.000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid von Gronau nach Russland. Monatlich fahren hochgiftige Güterzüge mit Uranhexafluorid durch Deutschland. Ziel ist die Urananreicherungsanlage der Urenco-Gruppe im westfälischen Gronau, wo das Uran zur Herstellung von Brennelementen für Atomkraftwerke angereichert wird. Die Reste werden regelmäßig nach Russland gebracht.

Skandalös sind aber nicht nur die enormen radiologischen und chemischen Gefahren dieser Transporte, sondern die Erweiterung der Gronauer Anlage. Diese wird schon im nächsten Jahr weltweit mehr als 35 Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgen und damit ihre Kapazitäten fast verdreifachen.

Firma Urenco in Hanau: Weltmarktführer in der Urananreicherungstechnologie Platenlaase (inf/bvo).

Die beiden Vorsitzenden der russischen Umweltorganisation „Ecodefense“ Vladimir Sliviyak und Andrey Ozharovsky besuchten das Wendland im Rahmen einer mehrtägigen Vortragsreise, die sie nach Deutschland, die Niederlande und Belgien führte. Ecodefense ist eine der bedeutendsten unabhängigen Nichtregierungsorganisa-

tionen (NGO) in Russland. Einer der Schwerpunkte ist die Aufklärungsarbeit zum russischen Atomkomplex; aber auch der Einsatz für Erneuerbare Energien, z.B. durch Etablierung regionaler Ausbauziele und Förderprogramme in einzelnen russischen Regionen.

Neben der Teilnahme an einem Hearing mit EU-Abgeordneten zu 50 Jahren EURATOM im Brüsseler Europaparlament stand die Öffentlichkeitsarbeit gegen Exporte von deutschem Atommüll nach Russland im Mittelpunkt des Besuchs im März 2007. Ziel ist es, die Aufmerksamkeit auf die Praktiken der Urenco-Gruppe zu lenken, die in Gronau (Westfalen) die einzige deutsche Urananreicherungsanlage betreibt.

BfS: UF6 ist kein Brennstoff

Platenlaase (bvo). Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) behandelt den Export von abgereichertem UF6 aus Gronau nach Russland als „nicht genehmigungspflichtig“, da nach geltender Rechtsauffassung abgereichertes Uran - im Gegensatz z.B. zu abgebrannten Brennelementen - grundsätzlich kein in AKWs verwendbarer Kernbrennstoff ist.

Die Urenco-Gruppe bezeichnet die Exporte als sinnvolles und notwendiges „Recycling“ eines „Wertstoffes“, der diesen der Weiterverwendung in Reaktoren zuführen soll. (Quelle: Interview mit Urenco-Geschäftsführer Ohnemus, Westfälische Nachrichten, Nov. 2006). Von einem Kreislauf kann jedoch laut Ecodefense angesichts des äußerst geringen Anteils wiederangereicherter Urans kaum gesprochen werden. Urenco hat die tatsächliche Rückführung des exportierten Materials bisher nie belegen können. Was mit dem in Russland verbleibenden Material geschieht, ist unklar. Eine Rücknahmeverpflichtung der Urenco gäbe es nicht.

Ecodefense hat zusammen mit deutschen und niederländischen Atomkraftgegnern seit 2004 Transporte von abgereichertem Uran aus der Gronauer Anlage nach Russland dokumentiert und entlang der gesamten Transportstrecke wiederholt mit Demonstrationen protestiert.

„Bürgerinspektion“ der Gronauer Urananreicherungsanlage

Vertreter von Ecodefense beteiligten sich u.a. an einer „Bürgerinspektion“ der Gronauer Urananreicherungsanlage im Juni 2006. Ecodefense hat zur Frage der Exporte von abgereichertem Uran einen „Runden Tisch“ sowie mit der russischen Atombehörde Rosatom, deutschen Atomkraftgegnern und Vertretern von Umweltbehörden in St. Petersburg im Oktober 2006 initiiert. Ecodefense und deutsche Atomkraftgegner haben sich außerdem bei der deutschen Botschaft in Moskau mit Briefen und Protestaktionen vor der Botschaft für ein Ende der Transporte eingesetzt.

Im Herbst 2006 erstattete Ecodefense bei den Staatsanwaltschaften Ekaterinenburg und Münster Anzeige gegen die Urenco-Gruppe wegen illegalen Exports von Atommüll. Die Staatsanwaltschaft Münster hatte im Februar 2007 das Bundesumweltministerium dazu um Stellungnahme gebeten.

Die deutsch-britisch-niederländische Urenco-Gruppe ist einer der Weltmarktführer in der Urananreicherungstechnologie und baut z.Zt. sowohl seine niederländische Anlage in Almelo als auch den Standort Gronau auf die bis zu dreifache Kapazität aus. Ab 2007/2008 wer-

den von Gronau aus rund 36 Atomkraftwerke weltweit mit Brennstoff versorgt.

Die Urenco-Gruppe bezieht das noch nicht angereicherte Uran als gasförmiges Uranhexafluorid (UF₆) vor allem von der südfranzösischen Anlage der AREVA-Holding (Cogéma, Framatome, Siemens KWU), wo Uranerz vor allem aus dem Niger aufbereitet wird. Dt. und frz. Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben entlang der Transportstrecke mehrmals auf die massiven radiologischen und chemischen Gefahren der Transporte hingewiesen.

Zwischenlager für 60.000 t Uranoxid

Das angereicherte UF₆ wird dann in der Brennelementefabrik Lingen/Emsland zu Brennelementen verarbeitet. Im Zuge des Anreicherungsprozesse in Gronau fallen jedoch große Mengen von abgereichertem UF₆ und Uranoxid an, welche kaum noch spaltbares Uran 235 enthalten und damit als Kernbrennstoff nicht mehr zu verwenden sind. Mit der quasi-Verdreifachung der Kapazitäten der Gronauer Anlage wurde im Februar 2005 auch die Errichtung eines „Zwischenlagers“ für 60.000 t Uranoxid auf dem dortigen Gelände genehmigt.

EURATOM-Vertrag

Brüssel/Trier - Kurz vor den offiziellen Feierlichkeiten am 25.3.2007 anlässlich 50 Jahre Römischer Verträge inklusive EURATOM-Vertrag protestierte am 23.3. ein Bündnis von Anti-Atomkraft-Initiativen aus Deutschland, Niederlande und Russland vor dem Atomium in Brüssel für ein Ende des EURATOM-Vertrages.

Die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM ist unbefristet und einer der EU-Gründungsverträge. Zweck ist die Förderung, Koordinierung und Kontrolle der nuklearen Forschung und Atomenergieindustrie der Mitgliedsstaaten.

„Wir fordern das Ende des anachronistischen EURATOM-Vertrages! Keine weiteren EU-Gelder für die Atomenergie!“ so Markus Pflüger von den südwestdeutschen Antiatominitiativen, einer der Initiatoren des Protestes in Brüssel. Gerade jetzt, da Deutschland den EU-Ratsvorsitz hat und Gastgeber des G-8 Gipfel ist, gelte es für eine wirkliche ökologische Energiewende einzutreten und gegen Ressourcenkriege zur Energieversorgungssicherheit!

Nach der Aktion vor dem Atomium unterstützten die AktivistInnen die Übergabe von 663 000 Unterschriften von EuropäerInnen und mehr als 750 Organisationen an die EU-Kommission für den Ausstieg aus der Atomenergie (siehe: www.foeeurope.org). Im Europaparlament in Brüssel hatten sich die AtomkraftgegnerInnen am 22.3.07 zuvor bei einem Hearing zu EURATOM informiert.

„Die Pro-Atomkraft-Ausgaben sind immens: Im 7. Rahmenforschungsprogramm erhält die Fusionsenergieforschung 1.947 Millionen EURO, Kernspaltung und Strahlenschutz 287 Millionen Euro. Der Nuklearbereich der Gemeinsamen Forschungsstelle wird mit 517 Millionen ausgestattet, das sind insgesamt 2.751 Millionen EURO, also eine Verdoppelung der aktuellen EURATOM-Gelder im Vergleich zu 1.352 im 6. Rahmenprogramm“ erläuterte Ursula Schoenberger von der „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ hat ihre wissenschaftliche Studie mit grundsätzlichen Kritikpunkten an EURATOM „Es muss endlich öffentlich skandalisiert werden, dass durch EURATOM Milliarden Steuergelder undemokratisch am Europaparlament vorbei und gegen den erklärten Willen der Mehrheit der EuropäerInnen für die Förderung der Atomtechnik ausgegeben werden. Alle Länder, die den Atomausstieg wollen, allen voran Deutschland, müssen endlich aus dem Vertrag aussteigen! Stattdessen könnten

Urenco entsorgt das restliche abgereicherte UF₆, indem es dieses nach eigenen Angaben zur „Wiederanreicherung“ nach Russland exportiert. Das abgereicherte UF₆ wird von Gronau über Rotterdam mit dem Schiff nach St. Petersburg gebracht, um dann in die „Geschlossenen Städte“ Novouralsk, Angarsk, Seversk, Tomsk und Zelenogorsk gebracht zu werden. Empfänger ist der zur russischen Atombehörde Rosatom gehörende Anreicherer TENEX.

Allein von 1996 bis 2001 schickte die Gronauer Urenco 9740 t abgereichertes UF₆ nach Russland. Für den Zeitraum 2001 bis 2006 sind ungefähr dieselben Mengen anzunehmen, die genauen Zahlen werden geheimgehalten. Seit Zusammenbruch der Sowjetunion sind insgesamt ca. 100.000 t abgereichertes UF₆ aus der EU nach Russland exportiert worden.

Technisch zwar theoretisch möglich, macht die Wiederanreicherung ökonomisch jedoch wenig Sinn. Nach Berechnungen von Greenpeace Russland sind von den ca. 100.000 t abgereicherten UF₆ nur etwa zwei Prozent als wieder angereichertes UF₆ in die EU zurückgelangt, d.h. 98 Prozent des abgereicherten UF₆ verbleiben als Atommüll in Russland.

Björn Vogt

Milliarden für den Klimaschutz, Energiesparprogramme und erneuerbare Energien investiert werden!“

Der linke Europaparlamentarier Tobias Pflüger (Fraktion GUE/NGL), der die Studie in Auftrag gegeben hat, zeigte den Zusammenhang zwischen dem neoliberalen EU-Verfassungsvertrag inklusive Militarisation und dem EURATOM-Vertrag auf. Im Protokoll 36 des Verfassungsvertrages erklärt heisst es: „dass die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft weiterhin volle rechtliche Wirkung entfalten müssen.“ „Dies ist ein Skandal, denn damit würde bei Annahme des Verfassungsvertrages der EURATOM-Vertrag doppelt abgesichert, einmal im Original als eigenständiger Vertrag und einmal im Verfassungsvertrag. Ein weiterer Grund gegen diesen EU-Verfassungsvertrag zu sein,“ so der Europaabgeordnete.

Francis Althoff von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Danneberg kritisierte die zentrale „europäischen“ Endlagerung: „Es gibt keine sichere Endlagerung. Statt Millionen in erwiesenermaßen ungeeignete Standorte wie Gorleben in Deutschland oder Bure in Frankreich zu pumpen, ist der Ausstieg überfällig!“ Vladimir Sliviyak von Ecodefense Moskau forderte einen Stopp der Atommüll-verschiebung von Gronau nach Russland: „Dies ist ein unverantwortlicher Problem- und Risikoexport!“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Er kritisiert die Urananreicherung und nannte die Urantransporte den Anfang der Atomspirale in Europa: „Deshalb konzentrieren wir unseren Widerstand auf Urantransporte.“ Dazu würde am 12. Mai am deutsch-französischen Grenzbahnhof Perl-Apach protestiert.

Bei der Protestaktion am 23. März vor dem symbolträchtigen Atomium machten die AtomkraftgegnerInnen ihre Kritik sichtbar, so waren AktivistInnen als Atomtod verkleidet und wiesen auf die Atomopfer von Hiroshima über Tschernobyl bis zu Uranabbaugebieten und die weltweite schleichende Verstrahlung hin. „50 Jahre Atomenergieförderung, Milliardensubventionen für Forschung und Ausbau einer unberechenbaren Risikotechnologie sind genug! Uran ist endlich, der Abbau für Mensch und Umwelt schädlich, der Transport gefährlich und schließlich gibt es keine Lösung für den Atommüll - plus tägliches Restrisiko und Atomwaffengefahr!“ ergänzt Dietmar Siefert von der Cellar Antiatominitiative die Ablehnung von EURATOM.

Markus Pflüger

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Internationaler Protest gegen EON's Atompolitik

Bereits auf dem Weg zur EON- Hauptversammlung am 03.05.2007 in der Essener Grugahalle, konnten Aktionären eines der weltweit größten Atomenergie-Produzenten, die Protesttransparente nicht übersehen.

UmweltschützerInnen und AtomkraftgegnerInnen aus Finnland, Russland, der Slowakei der deutschen Gruppen Urgewald, Aktionsbündnis Münsterland und der BI-Lüchow-Dannenberg protestierten gemeinsam gegen die Atomaren - Expansionspläne des Konzerns.

Gleich zu Beginn seiner Rede, verkündete EON Chef Bernotat, dass EON im Sinne der Versorgungspflicht auf Kernenergie und den Ausbau von Atomenergie in Europa setzt.

Das Niveau der Debatte wurde durch den Beitrag eines Atomfans bekräftigt, der den Vorschlag machte, doch wieder mal eine Pro-Atom-Kampagne mit Veronica Ferrer zu machen. Der Kern der Kritik kam am frühen Nachmittag aus den Reihen der Kritischen Funktionäre und AtomkraftgegnerInnen, die gleich einen ganzen



Redeblock nutzten und die Atompläne des Energieriesen kritisierten. EON versuche außer-

halb Deutschlands unter Umgehung von Sicherheitsstandards neue Atomreaktoren zu bauen, um den vor Ort nicht gebrauchten Strom billig Reimportieren zu können.

Überraschend viel Applaus erhielt die Sprecherin von Urgewald, als sie die geplante Laufzeitverlängerung von Brunsbüttel und einen Mangel an Verantwortungsbewusstsein bei der Planung des bulgarischen Kernkraftwerks Belene in einem Erdbebengebiet darstellte und attackierte. Sie kritisierte, dass EON bevorzugt in Ländern investiert, wo weniger Widerstand droht. Atomkraft subventioniert wird und die Regierungen wenig regulieren. Worauf der Vorstand bemerkte, dass es in Bulgarien u.a. „ Eigentums- und Finanzierungsprobleme gegeben habe. Hintergrund: Urgewald und Ausgestrahlte haben letztes Jahr Deutsche Banken durch eine Kampagne von der Finanzierung abgebracht.

Vage reagierte EON auf die Fragen der Finnischen Aktivistin von Woman against Nuclear Power. In wenigen Tagen wolle EON für den Bau eines neuen Kraftwerkes ein Grundstück 80 Kilometer von Helsinki kaufen. Es sei überhaupt nicht notwendig, argumentierte Sie. Man solle lieber auf effizienten Energieeinsatz und erneuerbare Energien setzen. Ähnlich ausweichend versuchte EON die von Greenpeace Slowakei kritisierten Pläne einen neuen Nuklearreaktor in Bobunice zu bauen, runterzuspielen. Die Regierung der Slowakei hat eine sehr gelassene Haltung zu atomaren Risiken.

Als EON auf seine Beteiligung am Beinahe-Gau -Forsmark angesprochen wurde, hieß es, in Deutschland könne so was nicht passieren.

Als nächstes kam die Endlagerfrage Gorleben auf die Tagesordnung. Durch die Vertreterin der BI Lüchow-Dannenberg wurde der Vorstand scharf für sein Festhalten am Standort Gorleben

kritisiert. Der EON-Chef hatte zuvor in seiner Rede verkündet, das Gorleben nur noch nicht in Betrieb genommen sei, weil Herr Trittin und Herr Gabriel den Baustopp veranlasst hätten. Die Vertreterin der BI machte ihn darauf aufmerksam, das sich die Mehrheit der Bevölkerung im Wendland seit 30 Jahren unter anderem mit von Wissenschaftlern nachgewiesenen Argumenten dagegen wehrt und immer wieder die Frage stellt, „Warum gerade Gorleben?“ Er argumentierte, dieses Thema sei ausreichend diskutiert und abgeschlossen. Ein anderer Aktionär forderte, Gorleben endlich in Betrieb zu nehmen, ein besseres Endlager gäbe es doch gar nicht. Auf die Frage wie viele Tonnen Atommüll EON aus seinen Akw's in Gorleben einlagern wolle und ob auch Atommüll aus ihren Ausländischen Akw's in Gorleben einlagert solle, war EON- Chef Bernotat nicht bereit zu antworten.

Ausweichend ging er auch auf die Reden von Ecodefense Moskau und dem Aktionsbündnis Münsterland ein, die eine Beteiligung des Unternehmens am Gronauer Urananreicherer Urenco kritisierten und auf die Frage ob angereichertes Uran nach Gronau zurückgeht, konnte oder wollte EON nicht antworten. Sicher sei lediglich, dass, das abgereicherte Uran in Russland verbleibt, eine Rücknahmegarantie seitens der Urenco gebe es nicht.

Unser Fazit aus dieser mit kritischen Beiträgen angereicherten EON- PR-Veranstaltung:

Wir müssen den Druck auf die Atomkonzerne erhöhen. Es ist an der Zeit EON für seine verantwortungslose Atom-Expansions-Politik einen Denkkzettel zu verpassen. Weg von EON, Vattenfall, RWE und seinesgleichen, „wechseln zu Ökostromanbietern“

Margitta Freund , BI Lüchow-Dannenberg

Her mit dem schönen Leben- Für ein Strahlendes Europa!

Die EU-Kommission legte Strategieplan für ein atomares Europa vor

Zu Jahresbeginn war in Sachen Energiepolitik und Klimawandel viel los. Es verging keine Nachrichtensendung, indem das Thema nicht vorangetrieben wurde. Anlässe gab es viele: Die Öl-Pipeline-Blockade durch Russland, die Ankündigung unter der EU-Ratspräsidentenschaft und beim G8 Gipfel in Heiligendamm Energiepolitik zum inhaltlichen Schwerpunkt zu machen, der viel zu warme Winter, die Klimadebatte rund um das Kyotoprotokoll und nicht zuletzt steinzeitliche Äußerungen der CDU/CSU-Barbaren, die Laufzeiten der deutschen AKWs zu verlängern.

Und es liegt der Verdacht nahe, dass dies das eigentliche Thema ist; dass ja leider so bitter schmeckt und deshalb in schönes, buntes Papier verpackt und als süßes Bonbon verkauft werden muss.

So geschehen am 10. Januar, als die EU-Kommission ein neues, weitreichendes Papier zur einer „Strategischen Energiepolitik für Ein Europa“ veröffentlichte.

Das Papier beschäftigt sich mit unterschiedlichen Energieformen, z. B. Erneuerbaren, Bioenergieressourcen, Konventionelle Energieformen (Kohle, Öl, etc.) und im weitaus ausführlichsten Teil geht es um Atomenergie als entscheidender Beitrag zu einem gelungenen Klimaschutz, also der Erreichung der Kyotoziele und als wesentlicher Bestandteil der EU-eigenen Energieversorgungssicherheit.

Atomenergie als entscheidender Beitrag zu einem gelungenen Klimaschutz ...

In der Strategie für eine sichere Energiepolitik der „Einen EU“ steht in erster Linie eine stabile, von nicht-EU- Industrienationen (Russland,

China, Indien, USA...) unabhängige Energieversorgung der EU-Staaten- und in zweiter Linie geht es um Geld.

... die EU 2005 der weltweit größte Atomenergiezeuger ...

Die Argumentationskette: Der gesamteuropäische Energiebedarf steigt bis 2030 um 60%, der gesamteuropäische Erdölbedarf um 25 % und demgegenüber steigen auch die notwendigen Energieimporte bis 2030 bis zu 65%. Und Energieimporte - da machen nicht die europäischen Firmen ihren Schnitt, sondern Industrie und Länder die gerne unter der „Achse des Bösen“ (Zitat) subsumiert werden - und mit denen macht man keine Geschäfte. Und mit großen ???zeichen in den Augen wird festgestellt, dass die EU 2005 der weltweit größte Atomenergiezeuger ist, dass die europäische Nuklearindustrie angeblich die sichersten AKW-

Technologien im Katalog hat und dass der gesamte Brennstoffkreislauf im eigenen Haus abgedeckt und (v)erwirtschaftet werden kann. Und dass soll auch weiterhin so bleiben. Es wird über die Aneinanderreihung von 15 bunten Grafiken und Statistiken und einem 41-seitigen Länder-Dossier zu einzelnen EU-Staaten eine Versorgungslücke zwischen Atomkraftversorgung und Atomkraftbedarf von mindestens 12 % des EU-Atomstrom in 2030 errechnet.

Das Fazit: Die EU kann ihren wahrscheinlichen Atomstrom-Bedarf nur dann decken, wenn die

deutschen AKWs (und auch andere AKWs) nicht abgeschaltet, Laufzeitverlängerungen bewilligt und neue AKWs gebaut werden. Wenn das nicht geschieht, muß mehr Atomstrom aus USA, Russland, China, den einzigen „Ausbauern“ gekauft werden, was europäische Profite verbrennen würde und mit diesen „politisch instabilen und unberechenbaren Akteuren“ macht man ja sowieso keine Geschäfte. Das Strategieziel des EU-Papiers zu Energiesicherheit für Ein Europa will daher den Atomkonzernen und Lobbyisten Argumente liefern, Atomstrom wei-

ter und sogar mehr zu produzieren, um die Energiesicherheit der EU zu gewährleisten und angeblich zum Klimaschutz beizutragen.

Das Fazit, dass die Anti-Atombewegung aus dem Papier ziehen könnte: Die EU und die G8-Staaten haben weiterhin nichts anzubieten, als eine ständige profitgeile, kapitalistische und rein auf Atomkraft ausgerichtete Energiepolitik - gehört die Energiepolitik in unsere Hände. Atomausstieg selber machen heißt: AKWs abschalten sofort, Gute Nacht, G8!

Verena

Gorleben brennt... ...uns unter den Nägeln!

Hochradioaktiver Müll - doch kein Endlager in Sicht

Auch nach 60 Jahren Atomtechnik weiß noch niemand, wohin mit dem hochgefährlichen Müll. Es gibt noch nicht einmal eine nachvollziehbare Idee, bildlich gesprochen: Ein Flugzeug ist gestartet und es gibt keine Landebahn.

Trotzdem wird täglich hochradioaktiver Müll produziert. Ein gigantischer Atommüllberg wächst auf unserer Erde. Gigantisch ist nicht nur die Tonnenzahl, sondern vor allem die Menge an Radioaktivität. Radioaktivität darf nicht in unsere Umwelt gelangen, doch niemand weiß, wie unsere Lebensumgebung vor einer Verseuchung mit dem tödlich strahlenden Erbe geschützt werden kann. Noch 1958 schlug der damalige deutsche Atomminister Strauß vor, den Atommüll „in offenen Gräben und Löchern“ zu lagern.

Heute mahnen Wissenschaftler an, dass die Biosphäre mindestens 1 Million Jahre (das sind ca. 50.000 Generationen) vor dem Kontakt mit dem Atommüll geschützt werden muss. Aber auch sie wissen nicht, wie das gehen soll. In den USA wollte man den Atommüll im Yucca Mountain einlagern.

Der oberste Gerichtshof in Washington stoppte 2004 diese Pläne mit genau den Feststellungen: die Sicherheit über 1 Million Jahre könne nicht gewährleistet werden und es hätte vergleichende Standortuntersuchungen geben müssen. Wohin also mit dem strahlenden Müll?

Nach dem Atomgesetz gelten Wiederaufarbeitung und „direkte Endlagerung“ als Entsorgungsnachweis, dienen also dem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. Die Wiederaufarbeitung wurde vernünftigerweise gestoppt. **Wie sieht die „direkte Endlagerung“ aus? Es gibt sie nicht!**

Es gibt lediglich oberirdische Zwischenlager. Für Castorbehälter mit abgebrannten Brennelementen und in Glas eingeschmolzenem Wiederaufarbeitungsmüll wurden Leichtbauhallen errichtet. Sie bieten keinerlei Sicherheit, dienen höchstens dem Wetterschutz. „Endlagerung“ im Salzstock? Alle Versuche, Atommüll in Salz einzulagern, sind bisher dramatisch gescheitert.

Man weiß bis heute nicht einmal, ob Salz als Lagermedium geeignet ist. Das Endlager Morsleben bei Helmstedt ist ein Beispiel dafür, wozu die Nutzung eines nicht geeigneten Bergwerks führen kann. Es ist teilweise eingestürzt, inzwischen stillgelegt und bis heute ist unklar, wie mit der katastrophalen Situation verfahren werden kann.

Ebenso das Atommülllager Asse II. 1967 wurde das ehemalige Salzbergwerk Asse II als Versuchs-Endlager in Betrieb genommen. Bis 1978 fand die Einlagerung von über 126.000 Atommüllfässern statt. Seit 1988 gibt es permanenten Laugen-zufluss aus dem Neben- und Deckgebirge. Die Ursache dieser Laugeneinbrüche, z.Zt. täglich 12 Kubikmeter, ist ungeklärt. Weil die Betreiber der Asse um die Standsicherheit bangen, wollen sie das Bergwerk flüssig verfüllen. Der Atommüll, darunter 12,5 kg Plutonium, soll nicht-rückholbar sich selbst überlassen werden. Dieser Plan nimmt die Auflösung der Verpackungsgebilde und die Verseuchung des Grundwassers durch austretende Radionuklide innerhalb weniger Jahre bewusst in Kauf.

Die fehlgeschlagenen Endlagerversuche in Morsleben und der Asse bedürfen keiner Neuauflage in einem als „Untertagelabor im Salz“ getarnten Endlager in Gorleben. Aus den fehlgeschlagenen Endlagerversuchen müssen Konsequenzen folgen.

Salzstock Gorleben – mit Sicherheit nicht sicher

Wie steht es um den Salzstock Gorleben? Er wird seit langem erkundet. Der Aufbau des Salzstockes und seine Einbettung in die umgebende Geologie sind gut bekannt. Er hat Kontakt mit Grundwasser und kann somit den brisanten Strahlenmüll nicht vom Eintritt in die Biosphäre abhalten.

Es gibt zwischen dem Salzstock und den Wasser führenden Schichten keine abdichtende Barriere. Und er ist immer noch mobil. Der Salzstock erstreckt sich unter der Elbe bis zum Ort Rambow. Er ist an einigen Stellen eingestürzt. Dort entstanden Seen. Ein weiteres Kriterium ist das mangelhafte Deckgebirge auf einer Fläche von 7,5 qkm. Da das Deckgebirge als wirksame Barriere gegen die Ausbreitung langlebiger Radionuklide weitgehend ausfällt, müsste der Salzstock alleine die gesamte langfristige „Sicherheitslast“ tragen. Dies ist für ein Endlager nicht akzeptabel. Der Salzstock Gorleben ist deshalb weder kurz- noch langfristig für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll geeignet. Prof. Dr. Eckhard Grimmel hat ab 1980 den Deutschen Bundestag über Möglichkeiten der Entsorgung radioaktiver Abfälle beraten. Er warnt in seinem neuen Buch „Kreisläufe der Erde“ (ISBN: 3-8258-8212-8) vor einem Gorlebener Endlager: „Seit 1984 steht

fest, dass dieser Salzstock als Endlager ungeeignet ist“...

Grimmel fasst zusammen: „Der Salzstock ist nicht durch eine hinreichende mächtige und lückenlose Tondecke von den wasserführenden Schichten abgeschirmt.

Der Salzstock ist nicht in Ruhe, ... und steigt noch weiter auf.

Der Salzstock hat durch Salzauflösung bereits einen großen Teil seiner Substanz verloren und wird noch weiter abgelautet. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob Salz grundsätzlich für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle geeignet ist. Durch unkontrollierbare Reaktionen des Salzes (Radiolyse), initiiert durch Wärmeeintrag und Strahlung, ist die Stabilität des Salzstocks zusätzlich gefährdet“.

Prof. Dr. Grimmel empfiehlt, die Gorlebener Zwischen- und Endlagergebäude in ein „Niedersächsisches Museumsdorf für technische Fehlentwicklungen des 20. Jahrhunderts“ umzuwandeln. Dort könnte die Gefährdung der Biosphäre durch den sogenannten „Kernbrennstoffkreislauf“ dargestellt, erläutert und dokumentiert werden.

Dieser Empfehlung schließen wir uns an. Allerdings müsste die Castorhalle, die laut Betreiber nur ein Wetterschutz ist, noch abgedichtet werden, bevor sie als Museum dienen könnte...

Wir haben schon viel gewonnen, und wir haben noch viel zu verlieren.

Hätte es keinen Protest gegen das damals geplante „Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben“ gegeben, dann würde neben den existierenden Anlagen (Zwischenlager in Betrieb, Pilotkonditionierungsanlage betriebsbereit und Endlager in Erkundung) einiges mehr an Atommüll gelandet sein. Eine Wiederaufarbeitungsanlage war geplant und wir haben sie verhindert. Aufgrund des anhaltenden Widerstands gegen die Castor-Transporte ist das Zwischenlager erst zu 20 Prozent gefüllt.

Das Endlager wäre vermutlich fix und fertig erkundet und womöglich in Versuchs- oder Laborbetrieb: der Türöffner für einen regulären Betrieb. Das alles gilt es weiterhin zu verhindern!!!

Helfen Sie dem Atomausstieg auf die Sprünge! Informieren und engagieren Sie sich und Andere

Anti-Atom-Rätsel

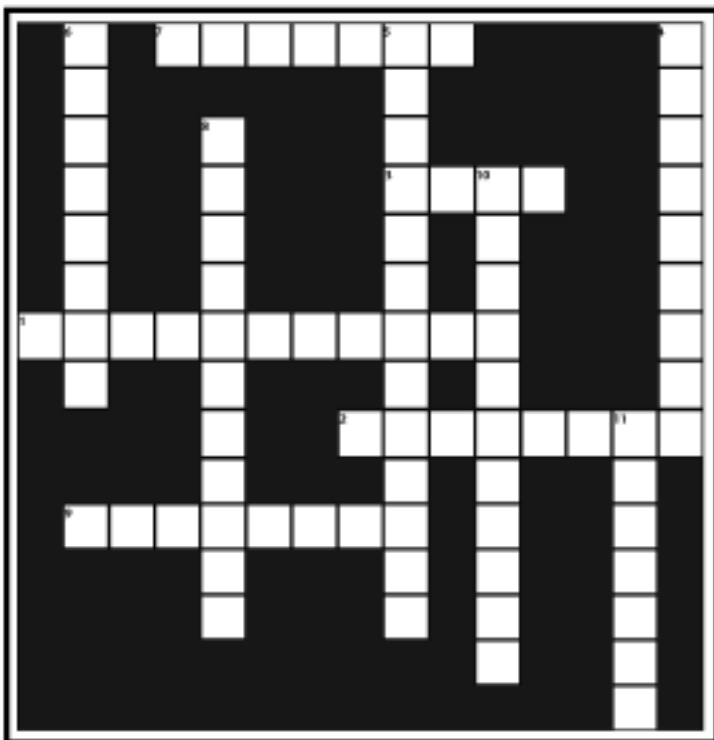
1. Schrottreaktor bei Hamburg, Betreiber Vattenfall
2. „Erkundungsbergwerk“ für 1,5 Milliarden erforscht und seit 1982 für radioaktive Endlagerung wissenschaftlich erwiesen untauglich
3. absaufendes „End“-Lager für schwach und mittelaktiven Atommüll
4. z.T. eingestürztes „End“-Lager, bereits stillgelegt, auch hier Laugeneinbrüche
5. Aushebelung der Klagemöglichkeit von AnwohnerInnen durch das Bundesverwaltungsgericht an geplantem Endlagerstandort
6. Fast- Super-Gau am 25. Juli in Schweden, Betreiber Vattenfall
7. Legitime Massnahme des Sich zur Wehr Setzens
8. Empfehlung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
9. Es gibt kein sicheres ... weltweit
10. Einzige Möglichkeit, weiteren Atommüll zu vermeiden
11. 50 Jahre internationale Pro- Atomverträge, gehören abgeschafft

Es gibt folgende Preise:

1. Preis:
BI Adventure Tours zu einem weit entfernt gelegenen Endlager-, Atomkraftwerks- oder Zwischenlager-Standort in z.B. Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien, Bulgarien, Rumänien. Wir besuchen regelmäßig andere Standorte, Sie begleiten uns!
2. Preis:
Kostenlose Teilnahme am Sommercamp im Wendland 28. Juli- 5.August 2007 in Gedelitz <http://wendlandcamp.outra.net/html/flyer.pdf>
3. Preis:
Ein Tag im Zeichen des Widerstands Spaziergang an den Atomanlagen, Besuch im BI Büro, Treffen anderer MitstreiterInnen
4. Preis:
Wendenpass und Wendenführerschein
5. Preis:
Anti-Atom-Sonnen-Topflappen

Zusendungen mit Schokoladentafeln erhöhen nicht die Gewinnchancen, sind aber gern gesehen.

Einsendeschluss ist der 30.Juni 2007



• Doppelkopf spielt es sich auch sehr lustig zum Thema: „Wir wollen keinen Super Gau“ oder „Was wisst ihr eigentlich über Atom-müllentsorgung?“

• Stromwechsel jetzt!

Wechseln Sie zu Ökostromanbietern.

www.stromwechsel-jetzt.de/Stromwechsel/

www.atomausstieg-selbermachen.de/wechseln

• Besuchen Sie Informationsveranstaltungen und diskutieren Sie mit!

• Polieren Sie Ihre X-e mal wieder auf oder bauen Sie sich eins, wenn sie noch keins haben. Im Miniformat für den Autospiegel sowie als Aufkleber im Bi-Büro erhältlich.

• Nehmen Sie teil an den Demonstrationen! Aktuelle Infos auf der Homepage der BI.

• Gründen Sie eine Ortsgruppe, schließen Sie sich zusammen. Gemeinsam streiten für die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke!

• Abonnieren Sie das monatliche Info über alles Wesentliche rund um Gorleben, die Gorleben Rundschau.

Unterstützen Sie unser Anliegen. Werden Sie Mitglied in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Unterstützen Sie uns mit Spenden für Öffentlichkeitsarbeit und Klagen.

Sicher ist nur der Ausstieg aus der Atomenergie!!!

Es gibt folgende Preise:

1. Preis:

BI Adventure Tours zu einem weit entfernt gelegenen Endlager-, Atomkraftwerks- oder Zwischenlager-Standort in z.B. Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien, Bulgarien, Rumänien. Wir besuchen regelmäßig andere Standorte, Sie begleiten uns!

2. Preis:

Kostenlose Teilnahme am Sommercamp im Wendland 28. Juli- 5.August 2007 in Gedelitz <http://wendlandcamp.outra.net/html/flyer.pdf>

3. Preis:

Ein Tag im Zeichen des Widerstands Spaziergang an den Atomanlagen, Besuch im BI-Büro, Treffen anderer MitstreiterInnen

4. Preis:

Wendenpass und Wendenführerschein

5. Preis:

Anti-Atom-Sonnen-Topflappen

Zusendungen mit Schokoladentafeln erhöhen nicht die Gewinnchancen, sind aber gern gesehen. Einsendeschluss ist der 30.Juni 2007

Kertsin Rudeck

Lichtbildervortrag

Grundkurs Atomphysik - Energie aus atomaren Prozessen

Die Funktionsweise eines Atomreaktors - Radioaktivität

Gefährdung durch Radioaktivität

Der "GAU" und das "Restrisiko" - Der Uran-Bergbau

Vorsorge und Katastrophenschutz - Tschernobyl - Forsmark

Ergänzungen

ULRICH UFFRECHT, Buxtehude

Freitag, den 25. Mai 2007

18:30 Uhr im Rosenhof

Göttien 1, 29482 Küsten

- Der Eintritt ist frei -



Der Vattenfall-Fall

Der Skandal des Atomenergie-Konzerns Vattenfall um Forsmark, Ringhals, Brunsbüttel

Beim Betrieb von Atomkraftwerken (AKW) ist Sicherheit nicht alles. - Aber ohne Sicherheit ist alles gar nichts. - Ein AKW-Betreiber, der faktisch pfuscht, gefährdet dadurch Millionen von Menschen sowie die Umwelt. Und er untergräbt in jedem Fall damit auch die öffentliche Akzeptanz seiner Atom-Technologie, die nach wie vor berechtigterweise heftig umstritten ist.

Ein aktuelles Beispiel dazu liefert uns der Atomenergie-Konzern Vattenfall in dem Skandal um das schwedische AKW Forsmark (und inzwischen auch das schwedische AKW Ringhals):

Die bekannt gewordenen Berichte über den Störfall im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark-I am 25.07.06 müssen uns deshalb alarmieren: Darin zählen MitarbeiterInnen des AKWs beispiellose Sicherheitslücken auf: Notwendige Reparaturen seien z.B. nachlässig vorgenommen, Sicherheitsaspekte einer höheren Produktivität untergeordnet worden.

... knapp vermiedenen GAU ...

Diese Analyse der Vattenfall-MitarbeiterInnen steht in scharfem Gegensatz zu den abwiegelnden Ausführungen des AKW-Betreibers Vattenfall nach dem Störfall im Sommer letzten Jahres. Bereits kurz nach dem Störfall im AKW Forsmark-I hatte der Konstruktions-Chef Lars-Olov Höglund des Atomreaktors von einem „knapp vermiedenen GAU“ (der Reaktor-I in Forsmark habe nach einem Kurzschluss mit Reaktorstillstand und zeitweiligem Ausfall von Sicherheitssystemen nur noch knapp eine halbe Stunde vor einer Kernschmelze wie 1986 in Tschernobyl gestanden) gesprochen.

... knapp eine halbe Stunde

vor einer Kernschmelze

Der Vattenfall-Konzern dagegen wies zunächst

Berichte über Sicherheitslücken empört zurück. Ferner versuchte nachweislich ein Jurist der zu Vattenfall gehörenden Reaktorbetreiberfirma Forsmark-Kraftgrupp gezielt mit unwahren Informationen zu füttern und Lars-Olov Höglund zu diskreditieren, um ihn unglaubwürdig erscheinen zu lassen.

Erst nach den Zeugnisaussagen aus dem AKW Forsmark zum Zeitpunkt des „Ereignisses“ räumte die Konzernführung ein, dass es „Versäumnisse“ gab. Inzwischen stuft selbst Vattenfall das „Vorkommnis“ als „sehr schwer“ ein.

Dieses Eingeständnis ist für Vattenfall mehr als nur unangenehm: Entweder wußte Vattenfall im Sommer 2006 noch nicht, wie schlampig das Thema „Sicherheit in Forsmark“ behandelt wurde. - Oder man spielte den Vorfall wider besserer Kenntnis herunter.

In beiden Fällen stellt sich damit die Frage, ob Atomenergie bei einem solchen Unternehmen gut aufgehoben ist.

Atomenergie-Konzern Vattenfall - Ein

Risiko für uns alle

Vattenfall hat in Schweden nachweislich die Atomkraftwerke „auf Volldampf“ gefahren - unter Missachtung von Sicherheitsvorschriften und Warnhinweisen der MitarbeiterInnen. Es gibt daher wirklich keinen Grund zur Annahme, wie so Vattenfall in Deutschland eine bessere „Sicherheitskultur“ haben sollte als in Schweden:

Nach dem „Beinahe-Gau“ in Schweden lies Umweltminister Gabriel die deutschen AKWs „überprüfen“ und dann hieß es in den Berichten „natürlich hier kann nichts passieren“. Vattenfall beteuerte auch sofort, dass es auch in Brunsbüttel nicht passieren könne, lies aber mehrfach den Termin zur Abgabe der offiziellen Versicherung verstreichen. Das ein Stromausfall hier so nicht passieren könne, behaupteten sie auch zu Brunsbüttel. Kurz darauf deckte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) auf, dass dort

doch fast gleiche Systeme verwendet werden.

Vattenfall weigert sich standhaft, die „Mängelliste“ des AKW Brunsbüttel offen zu legen. Die Erfahrungen von Forsmark lassen daher berechtigterweise erahnen, dass die bereits „1999 beanstandeten Sicherheitsmängel“ bis heute nicht annähernd beseitigt wurden (dieses nach der Rohrexpllosion am Reaktor-druckbehälter die erst zwei Monate später entdeckt wurde). Daher muss die Forderung lauten, Vattenfall sofort die Erlaubnis zum Betrieb von Atomkraftwerken zu entziehen.

Höhepunkt im Verfall der

Sicherheitskultur

In einem aktuellen internen Report über die „Vorkommnisse“ in Forsmark wird von einem „Höhepunkt im Verfall der Sicherheitskultur des Unternehmens“ berichtet. Diesen hatten Anfang Februar Vattenfall MitarbeiterInnen in Schweden ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, offenbar weil sie eine Vertuschung erwartet hatten. Der Bericht zeigt eine ganze Reihe von „inakzeptablen Mängeln“ in dem Atomkraftwerk Forsmark auf und kommt zu dem Resultat, dass das Atomkraftwerk Forsmark auf Gewinn gefahren wurde - zu Lasten der Sicherheit. Da von Vattenfall mit Forsmark in den letzten Jahren guter Profit eingefahren wurde, beabsichtigt der Atomenergie-Konzern weiterhin die Laufzeit dort verlängern zu lassen. Gleiches gilt auch für das AKW Brunsbüttel, für das Vattenfall bereits einen Antrag auf Laufzeitverlängerung angekündigt hat.

Beteiligt euch an den Protesten gegen das AKW Brunsbüttel! www.akw-brunsbuettel-stilllegen.de, Ausführliche Infos zu Forsmark und dem Vattenfall-Skandal auf www.nadir.org/sand (<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sand/SAND-Dateien/Forsmark.html>)

Paul Dreher

Den Staffelstab weitergeben

Generationenfest auf dem Salinas-Gelände am Atomklo Gorleben

Aktive Widerständler aus 3 Generationen laden ein: am 01.09.2007 wollen wir gemeinsam mit dir den seit Jahrzehnten lebendigen Protest gegen die Atomanlagen in Gorleben feiern.

Der langjährige Kampf gegen die Atomanlagen in Gorleben ist schon etwas besonderes. Mancher, der bei der Feier zum 30jährigen Bestehens der Bi Umweltschutz im März dabei war, rieb sich die Augen: die Jugend war klar in der Überzahl. Ein besseres Zeichen dafür, dass dem wendländischen Widerstand noch lange nicht die Puste ausgegangen ist, kann es nicht geben. Das wollen wir feiern: Ein Großteil der heute aktiven Atomkraftgegner war schon im Kinderwagen bei den Demos dabei, nun nehmen sie selber die Fackel auf, mit der ihre alten Kampfgefährten der Atomlobby schon so lange Feuer unterm Hintern machen. Am ersten

September-Wochenende werden wir dem Generationenwechsel im Kampf gegen die Atomanlagen Ausdruck geben: Mit einem gewitzten Staffellauf von Alt bis Jung, mit Podiumsgesprächen über 3 Generationen, mit Veranstaltungen gegen die Endlagerpläne, mit Musik, Varieté, Spiele, lecker Essen und Trinken. Hast du weitere Ideen? Möchtest du eine Band, einen DJ vorschlagen oder selber was machen? Melde dich unter dem Stichwort „Staffellauf“ bei der Bürgerinitiative Umweltschutz (siehe Impressum). Auf jeden Fall merke dir schon jetzt den Termin.



Und: bring am 01.09. deine Kinder oder deine Großeltern mit. W.Wittstamm

Das Generationenfest Staffellauf findet rund um das Kulturzelt Musenpalast statt, das viele schon von den Castortransporten kennen.

Mai und später ...

- 15.5. 18.30 Uhr Vortrag von Rolf Bertram zur Schließung der Schachtanlage Asse II Dorfgemeinschaftshaus Remlingen, Gaststätte „Zum Asseblick“
- 17.-28.5. Kulturelle Landpartie, www.kulturelle-landpartie.de
- 22.-24.5., Jahrestagung Kerntechnik 2007, www.kernenergie.de
- 24.5. 18.30 Uhr, Infoveranstaltung des Asse-II-Koordinationskreises: „Atomülllager Asse II – wie soll es weitergehen?“ im Dorfgemeinschaftshaus Remlingen. Vortrag von Udo Dettmann
- 25.5. ab 10 Uhr, Länder- und Verbändeanhörung zur ersten Verordnung zur Änderung strahlenschutzrechtlicher Verordnungen BUM Bonn, Heinrich-von-Stephan-Straße 2, www.bmu.de
- 25.5. 18.30 Uhr, Lichtbildervortrag in Götting, Rosenhof „Der GAU und das Restrisiko“ von Ulrich Uffrecht, Buxtehude
- 28.5. 12 Uhr, Internationale Demonstration gegen den EU plus Asien Gipfel in Hamburg St. Pauli, Spielbudenplatz, www.hamburg.dissentnetzwerk.org
- 29.5., Fahrradkarawane west G8 in Gorleben www.g8-bikerides.net
- 10 Uhr Widerstandsfrühstück an den Atomanlagen Gorleben
- 19 Uhr Veranstaltung „Atomkraft und Klima“ Gasthaus Wiese, Gedelitz
- 30.5. Musikalischer-Musik-Kampfwagen MMKW auf Tour in Hamburg
- 2.6.-8.6. Gipfeltage, 2.6. Großdemo in Rostock, www.g8-germany.de
- 2.6., Demo gegen Nazidemo in Schwerin
- 6.6.-8.6., G8-Gipfel in Heiligendamm, Hotel Kempinski
- 3.6. 10-18 Uhr, Konferenz „Ökologische Gerechtigkeit“, www.gruene-bundestag.de
- 5.6., Internationaler Tag der Umwelt, www.bmu.de

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



ProbeCastor: Transport-Blockade!

Atomkraftgegner haben am Mittwoch d. 9. Mai den Probetransport eines neuen Castorbehältertyps ins atomare Zwischenlager Gorleben an vier verschiedenen Stellen blockiert. Nachdem am Verladekran die Bundesstraße B191 unpassierbar war, leitete die Polizei den Transport durch ein „Hintertürchen“ um. Doch kurz darauf wurde auch die Transportstrecke nahe Splietau von Demonstranten besetzt. Auch in Splietau Ortsmitte und in Grippel gab es weitere Aktionen, wobei die Polizei sehr nervös wurde und in Grippel aggressiv räumte. Der angelieferte französische Behältertyp „TN 85“ unterscheidet sich erheblich von den bisherigen Castoren, bei denen Kunststoffstäbe als Abschirmung gegen Neutronenstrahlung in der Behälterwand integriert sind. Da dieser hingegen nur eine äußere Abschirmung vorweisen kann, ist sowohl die lückenlose Abschirmung von Neutronen als auch Gammastrahlung vor allem im Deckelbereich in Frage gestellt. Die BI fragt nun in einem Schreiben an das Bundesamt für Strahlenschutz nach, warum unter diesen Umständen der Probetransport genehmigt wurde. Schließlich sei die Grundlage einer Einlagerungsgenehmigung offensichtlich in Frage zu stellen.



Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 | Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff

Bildmaterial: I+W Lowin, D. Metk

Mitarbeit: W. Wittstamm, Kertsin Rudeck, Paul Dreher, Verena, Margitta Freund, Markus Pflüger, Björn Vogt, Francis Althoff

Auflage: 3500

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

bi-luechow@t-online.de, www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr